

# Unvereinbarkeit von AfD und Kirche?

## (Selbst-)Kritische Reflexionen



Die Partei Alternative für Deutschland und ihre Programmatik fordern das demokratische Bewusstsein der katholischen Kirche heraus. Denn es gibt immer wieder Berührungspunkte und Allianzen zwischen AfD und katholischen Akteuren in extrem rechten Kontexten und entlang bestimmter Themen. Der Beitrag zeichnet nach, wie die AfD und Teile des katholischen Milieus in extrem rechte Netzwerke eingebunden sind. Anhand zweier Schlüsselthemen – Migration und Gender/Familie – wird diskutiert, wie die AfD strategisch auf christliche Themen zugreift. Vor allem beim Thema Gender/Familie zeigt sich jedoch auch, dass zwischen kirchlichen und AfD-Positionen ohnehin große Überschneidungen, ja Übereinstimmungen vorliegen. Daher geht es nicht nur darum, eine Unvereinbarkeit zwischen der AfD und der Kirche festzustellen und zu begründen, sondern auch um eine selbstkritische Aufklärung über demokratiefährende Entwicklungen innerhalb der Kirche selbst.

Das Jahr 2024 begann mit einem kurzzeitigen demokratischen Höhenflug: Mehr als zwei Millionen Menschen demonstrierten für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte, für soziale Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen und gegen menschenfeindliche Abschiebepolitik. Aufgeschreckt wurden die Teilnehmer:innen aus unterschiedlichen Teilen der Zivilgesellschaft durch eine Veröffentlichung des Recherche-Netzwerks CORRECTIV über ein extrem rechtes „Geheimtreffen“. Der Österreicher Martin Sellner, seines Zeichens Gesicht der Identitären Bewegung, präsentierte dort seine kurz darauf in Buchform veröffentlichten Pläne für eine massenhafte Deportation von Geflüchteten, Ausländer:innen und von ihm so betrachteten „nicht-assimilierten“ Staatsbürger:innen vor einigen AfD-Mitgliedern, Burschenschaftlern, gehobenem Bürgertum und auch zwei CDU-Mitgliedern (vgl. Bensmann et al. 2024). Unter diesem Eindruck bekräftigten die deutschen Bischöfe mit einer Erklärung in seltener Klarheit und unter expliziter Erwäh-

nung der AfD die Unvereinbarkeit von völkischem Nationalismus und Christentum (vgl. DBK 2024).

Im Jahresverlauf wendete sich das Blatt: Es kam nicht nur zu einem Abebben der „Protestenergie“, die bei solchen Mobilisierungen häufig zu beobachten ist. Bei der Europawahl wurde die AfD mit 15,9% der Stimmen zweitstärkste Kraft. Am 23. August 2024 verübte ein syrischer Staatsangehöriger, der als abgelehnter Asylbewerber ohne Aufenthaltstitel in einer Unterkunft in Solingen lebte, ein mutmaßlich islamistisch motiviertes Attentat und tötete mit einem Messer drei Menschen auf dem Fest zum 650. Geburtstag der Stadt. In schwindelerregender Geschwindigkeit präsentierten SPD, CDU und FDP – ohne die „Hilfe“ der AfD – Pläne für eine weitere Verschärfung des Asylrechts, die u. a. Leistungskürzungen für Asylbewerber:innen, Zurückweisungen an den Grenzen und Abschiebungen von straffällig gewordenen Personen nach Afghanistan, Syrien und in den Irak vorsahen. Diese Debatte legte nicht nur eine groteske



Josef M. Könning



Lea Quaing

Pietätlosigkeit gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen an den Tag; sie war auch ein Zeugnis des eklatanten Unwillens, sich dem Problem fundamentalistischer Radikalisierung und terroristischer Gewalt adäquat zu stellen. Gut eine Woche später erhielt die AfD in Thüringen die meisten, in Sachsen die zweitmeisten Stimmen, und sie bildet auch nach den Wahlen in Brandenburg Ende September 2024 die zweitgrößte Fraktion im Landtag.



Eine weitere Normalisierung der AfD ist aus christlicher Sicht weiterhin keine Option

Es ist angesichts dieser Gemengelage zumindest nicht verwunderlich, dass auch unter christlichen Beobachter:innen des politischen Geschehens die Frage aufkommt, was die in Theologie und Kirche bemerkenswert hohe Aufmerksamkeit für die AfD begründet und vor allem bei dieser Partei das Sensorium demokratischer Wachsamkeit weckt. Für die ei-